

# Grüne drängen auf ein „Wärmegesetz“

Bütikofer will Erneuerbare-Energien-Gesetz auf Wärmeversorgung übertragen – „Hoffen auf Initialzündung“

**D. CREUTZBURG, M. STEINBEIS**

HANDELSBLATT, 9.6.2004

BERLIN. Nach der Bonner Weltkonferenz für erneuerbare Energien drängen die Grünen auf eine massive Ausweitung der Förderung. Für die Wärmeversorgung wollen sie dabei eine ähnliche Regelung einführen, wie sie für die Elektrizitätsversorgung mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) bereits besteht.

„Wir haben durch das EEG einen Mechanismus geschaffen, mit dem ohne Inanspruchnahme des öffentlichen Haushaltes die Markteinführung und Entwicklung der unterschiedlichen Sektoren der erneuerbaren Energien massiv vorangetrieben worden ist“, sagte der Grünen-

Vorsitzende Reinhard Bütikofer dem Handelsblatt. Dem müsse jetzt ein entsprechender Mechanismus für den Wärmemarkt zur Seite gestellt werden. „Die Frage ist, wie man das Erfolgsmodell EEG maßschneidern kann auf den Einsatz regenerativer Energien im Wärmemarkt“, sagte er.

Nach dem EEG, über dessen Novelle derzeit der Vermittlungsausschuss verhandelt, müssen die Netzbetreiber den Erzeugern von Wind- und Solarenergie den Strom zu festen Mindestpreisen abnehmen, was zu einer Quersubventionierung zu Lasten fossiler Energieträger führt. Für die Wärmeerzeugung diskutieren Vertreter der Solar- und Bioenergiebranche unterschiedliche Kon-

zepte. Eines sieht vor, dem Brennstoffhandel Mindestquoten für den Absatz regenerativer Wärmeträger vorzugeben. Bütikofer stützt sich auf einen Beschluss des Grünen-Bundesvorstandes vom Montag, wollte sich auf Details aber nicht festlegen. Zwar gebe es in der Koalition noch keine Verabredung. „Angesichts der überragenden Bedeutung des Wärmemarktes halten wir es aber für richtig, in diese Richtung zu gehen.“

Die Wohnungswirtschaft reagiert besorgt. „Alle Ansätze führen dazu, dass die Versorgung teurer wird“, warnte Siegfried Rehberg vom Gesamtverband GdW. Carsten Körnig, Geschäftsführer der Unternehmensvereinigung Solarwirtschaft, gibt einer Regelung dagegen „hohe Priorität“. Allerdings wolle auch die Branche eine von einem breiten Konsens getragene Lösung, da nur diese für Planungs- und Investitionssicherheit sorgen könne.

Ein „Wärmegesetz“ ist für die Grünen indes nur ein Element einer umfassenden Gesamtstrategie. Entscheidend sei, dass die Bonner Weltkonferenz vergangene Woche als Initialzündung genutzt werde, um Wege zu einer größeren Unabhängigkeit vom Energieträger Öl zu finden. Daran sollten sich in einem Ideenwettbewerb alle beteiligen – neben der Politik auch Wirtschaft und Verbraucher. Allerdings solle die Bundesregierung einen konkreten Beitrag leisten: „Es wäre gut, wenn die Regierung bis Ende des Jahres einen Strategieplan ausarbeitet.“

Weiteres Element muss nach Ansicht des Grünen-Chefs eine Erhöhung der Forschungsmittel sein – dies betreffe nicht allein den Haushalt von Forschungsministerin Edelgard Bulmahn (SPD), sondern auch einen Posten von 60 Mill. Euro beim Umweltressort und von 20 Mill. Euro beim Verbraucherministerium. „Wir müssen ernst nehmen, was der Kanzler bei der Bonner Konferenz gesagt hat, und hier Prioritäten setzen“, betonte Bütikofer. Ein anderer Prüfstein ist für die Grünen die Abschaffung der steuerlichen Förderung von Agrardiesel. „Wenn dies gelingt, ist das ein Riesenpush für den Biodiesel- und Bioölssektor, zumal man dann auch Bioöl nicht mehr subventionieren müsste.“

## Kritik an Clement wegen Ost-Regionalförderung

Deutliche Kritik übte Bütikofer an den Plänen von Wirtschaftsminister Wolfgang Clement (SPD), die Ost-Fördermittel im Rahmen der „Gemeinschaftsaufgabe Regionale Wirtschaftsstruktur“ zu reduzieren. Bereits die Verabredungen in der Subventionsabbauhilfe der Ministerpräsidenten Peer Steinbrück (NRW) und Roland Koch (Hessen) seien fragwürdig: „Da haben nicht ganz zufällig zwei westdeutsche Regionalfürsten einen Subventionsbegriff definiert, der den Osten Geld kostet.“ Ganz unverständlich sei, wenn Clement nun die Kürzungen womöglich noch verschärfen wolle.